



Neue Helvetische Gesellschaft
Nouvelle Société Helvétique
Nuova Società Elvetica
Nova Societat Helvetica

Macht und Repräsentation – der Stand der Chancengleichheit in der Schweiz

Veranstaltungsreihe 2019/2020
der NHG-Gruppe Bern

Diese Veranstaltungsreihe wird unterstützt durch:



BEKB | BCBE



UBS

Kontakt:

Neue Helvetische Gesellschaft
Gruppe Bern / Groupe de Berne
Alec von Graffenried (Präsident)
Murifeldweg 66
3006 Bern
Tel P: 031 352 19 32
Mob: 079 487 94 12
eMail: avg@bluemail.ch
<http://nhg.ch/de/gruppen/bern>

Inhalt

1. Schweizer Demokratie – gleiche Chancen für alle?

Datum Montag, 7. Oktober 2019, 18.15 bis 20 Uhr
Ort Berner Rathaus, Wandelhalle
Referat Claude Longchamp, Politikwissenschaftler
Podium Vertretern/innen aller Parteien

2. Who cares? Rollenbilder und ihre Spiegelung in Familie, Beruf und Politik

Datum Montag, 20. Januar 2020, 18.15 bis 20 Uhr
Ort Restaurant Schmiedstube, Bern
Referate Dr. Christa Nater, Uni Bern, Inst. für Psychologie
Barbara Ruf, Leiterin kant. Fachstelle für die Gleichstellung
Podium Markus Gygli, Präsident von maenner.ch,
Mitglied der Eidg. Kommission für Frauenfragen
Evi Allemann, Regierungsrätin, Direktion für Inneres und Justiz
Ursula Meichle, Unternehmerin, carrière féminine
Dr. med. h.c. Uwe E. Jocham, Direktionspräsident Insel-Gruppe
und Präsident des Bernischen Arbeitgeberverbandes

3. Ausländerinnen und Ausländer: Arbeiten und Steuern zahlen Ja, Abstimmen und Wählen Nein

Datum Montag, 10. Februar 2020, 18.15 bis 20 Uhr
Ort Restaurant Schmiedstube, Bern
Referat PD Dr. Corsin Bisaz, Privatdozent für Staats-, Verwaltungs-
und Völkerrecht an der Universität Zürich
Prof. Dr. iur. Peter Uebersax, Titularprofessur für öffentliches Recht
und öffentliches Prozessrecht an der Universität Basel
Podium Khadija Jaamac, Präsidentin Somaliland Swiss Verein
Tarek Naguib, Leitungsmitglied Institut Neue Schweiz INES
Sasikumar Tharmalingam, Haus der Religionen Bern
die Referenten

4. Wer entscheidet über die Zukunft?

Datum Montag, 9. März 2020, 18.15 bis 20 Uhr
Ort Berner Generationen Haus, Bern
Referat Andreas Tschöpe, Geschäftsführer SAJV
Podium Tom Berger, Präsident FDP Bern Nord, Stadtrat Stadt Bern
Ronja Jansen, Präsidentin Juso Schweiz
Michelle Reichelt, Klimastreik Schweiz

1. Veranstaltung

Schweizer Demokratie – gleiche Chancen für alle?

Passend zu den am 20. Oktober 2019 stattfindenden Parlamentswahlen hatte die NHG Bern auf einen politischen Marktplatz eingeladen. Mit der Veranstaltung wurde die jahrtausendalte Diskussion aufgegriffen, was politische Gerechtigkeit ausmacht und die Frage gestellt, wie diese in Bezug auf die Verteilung von politischer Repräsentation in der Schweiz aussieht. Als Schlaglichter für das Einführungs-Referat von Claude Longchamp dienten die Geschlechter-, die Generationen- und die Migrationsfragen. Im zweiten Teil erhielten Vertreter/innen aller zur Wahl antretenden Parteien Gelegenheit, in einer moderierten kurzen Fragerunde ihre Perspektiven darzulegen und mit den Besuchern an ihren «Marktständen» intensiver zu diskutieren.

Was ist politische Chancengleichheit?

Einführungsreferat von Claude Longchamp, Sozialwissenschaftler und Historiker, Lehrbeauftragter an den Universitäten Zürich und Bern, bekannt durch langjährige Auftritte in den Medien und Prognosen zu Wahlen und Abstimmungen in der Schweiz.

Kriterien zur Beurteilung

Chancengleichheit ist ein Thema der modernen Gesellschaft. Sie verlangt «das Recht auf gleichen Zugang zu Lebenschancen.» Das heisst: Keine Diskriminierung, speziell keine durch das Geschlecht, das Alter, die Religion, die Sprache, die soziale Herkunft und aufgrund von Behinderung.

Folgende Themenbereiche sind Voraussetzungen dafür:

1. Repräsentation

Zwei sehr unterschiedliche Vorstellungen von Repräsentation sind in der Politik zu unterscheiden:

- **vertreten – ein Verfahren**, garantiert durch Wahlen, bei denen sich alle Wahlberechtigten äussern können
- **abbilden – ein Produkt** aus kleinen vergleichbaren Einheiten

Die Schweiz wird als Produkt repräsentiert durch ihre Kantone

2. Proporzwahlrecht

Es ist von zentraler Bedeutung für die Organisation der Schweiz. Am 13. Oktober 1918 hiess es Ja zum Proporzwahlrecht für den Nationalrat, heute gilt es für alle kantonalen und kommunalen Parlamente und sogar für einige Regierungen. Seine Einführung bedeutete das Ende der Hegemonie des Freisinns, seither gibt es keine Mehrheitsparteien mehr auf Bundesebene (eine Weile noch in Kantonen). Das Regierungssystem musste umgebaut werden: Von der Vormachtstellung des Freisinns wechselte es zur bürgerlichen Allianz und schliesslich zur **Konkordanz** der Gegenwart.

3. Inklusion

ist eine zentrale Stärke der Schweiz. Die Schweiz ist schwach beim politischen Wettbewerb, sie ist stark bei der politischen Partizipation. Die freisinnige Elite von 1848 liess die Integration der katholisch-konservativen Bevölkerung, der Bauern und der Arbeiter schrittweise zu. Politische Rechte blieben aber an die Staatsbürgerschaft gekoppelt, die ursprünglich noch religiös bestimmt war (Ausschluss der Juden von den politischen Rechten).

Die Universalisierung des Stimm- und Wahlrechts (ausgehend vom erwachsenen Männerrecht) erfolgte nur langsam. Der **Kampf der Frauen** um das Stimm- und Wahlrecht dauerte vom ersten eingereichten Begehren über hundert Jahre, bis die letzte Schweizerin das Frauenstimmrecht 1971 auf Bundesebene bekam. Das **Stimmrecht 18** gilt seit 1991. Heute sind im internationalen Vergleich noch Rückstände beim **Ausländerwahlrecht** festzustellen.

4. Konkordanz

ist das Zauberwort der schweizerischen Regierungszusammensetzung. Die SVP betont: Ohne zwei eigene Bundesräte herrscht keine Konkordanz, und die Tessiner melden: Ohne angemessene Vertretung der Sprachminderheiten gibt es keine Konkordanz. Als Regel gilt: Die Parteien sollen nach ihrer Wählerstärke und die Sprachminderheiten angemessen vertreten sein.

Die Vereinigung «alliance f» hat den Begriff der **Geschlechterkonkordanz** als neues Kriterium eingebracht. Würde sie gelten, so müsste sich der Bundesrat aus vier Frauen und drei Männern zusammensetzen.

Problembereiche in unserem politischen System

Repräsentationsdefizite haben verschiedene Gründe:

- aufgrund des Wahlrechts (bewusst), bestimmte Gruppen werden ausgeschlossen
- aufgrund des Wahlverhaltens (oft unbewusst), bestimmte Gruppen haben es leichter, gewählt zu werden
- aufgrund der politischen Kulturen, die Angebote und Nachfrage bestimmen

1. Repräsentationsdefizite in der Vertretung der Frauen

Für die Frauen ist (nicht nur) eine politische Karriere ein Hürdenlauf. Die Schweiz ist zwar unterwegs zu mehr weiblicher Mitsprache, je nach Kanton und Partei zeigt sich das aber **sehr unterschiedlich**. Insgesamt ist der Frauenanteil in politischen Gremien in den letzten Jahren in Bund und Kantonen gestiegen. Die grosse Ausnahme ist der Ständerat, der ein Männergremium bleibt. Die Zahl der kandidierenden Frauen hat 2019 sprunghaft zugenommen. In Städten und Agglomerationen ist das deutlicher zu sehen als in ländlichen Regionen.

Frauenanteile im Überblick:

Einwohnerinnen CH	50.4%	Wahlberechtigt	53%
Parteimitglieder	40%	Kandidierende (NR)	40%
Gewählt im Ständerat	15% (2015)	Gewählt im Nationalrat	32% (2015)

2. Altersstruktur in den Parlamenten

In den Parlamenten sind die «Älteren», d.h. genauer die mittlere Generation übervertreten. Der Altersdurchschnitt entspricht nicht dem der Bevölkerung. Die Zahl der Jungen auf den Listen und die Listen der Jungparteien nehmen zwar kontinuierlich zu, doch mit wenig Wirkung. Nur wer auf die «Mutterliste» aufgenommen wird, hat eine minimale Chance.

Ein Drittel der Kandidierenden ist unter 30 Jahre alt, im eidg. Parlament beträgt die Zahl der unter 30-Jährigen aber nur 1,2%! Das ist sicher mit ein Grund für die Verweigerung der Jungen, sich im etablierten politischen System zu engagieren.

3. Grenzen des Proporz-Wahlrechts

Die Schweiz war ein Pionierland bei der Einführung des Proporz, der Kanton Tessin 1892 die Speerspitze. Dort hatte das Majorzverfahren oft die Auswechslung der ganzen Regierung zur Folge.

Bereits seit 1848 sind die Kantone die Wahlkreise – das ist einerseits ein grosser Vorteil im Föderalismus, hat aber den Nachteil, dass einige Kantone zu klein sind für eine echte Proporzwahl. Erst ab 5 Sitzen ist sie möglich, in kleineren Kantonen führt sie zu einer verkappten Majorzwahl.

Status Quo

- Die Nationalratswahlen werden **kantonal** durchgeführt, die Kantone sind die Wahlkreise
- Stimmenanteile der Parteien werden kantonal ermittelt
- Sitzverteilung erfolgt kantonal, erst danach wird auf der Bundesebene zusammengezählt

Tendenz: Grosse Parteien werden bevorzugt: die SVP erreicht 65 Sitze (=32,5%) bei 29.4% Wählendenanteil

Alternative: Doppelproporz

- Die Schweiz ist ein **Wahlkreis**, die Sitze werden national entsprechend den Wählendenanteilen national verteilt
- Die Sitze werden danach kantonal so verteilt, dass die Summe gleich bleibt, die kantonalen Verhältnisse aber abgebildet werden: die SVP mit 29.4% Wählendenanteil erhält bei Doppelproporz 59 Sitze, 6 weniger als bisher

Wirkung: Grosse Parteien hätten weniger Sitze, kleine Parteien inkl. Jungparteien bekämen mehr

4. Stimmrechtsalter

Die Senkung des Stimmrechtsalters von 20 auf 18 Jahre zeigte kaum Wirkung. Ob 50 oder 52 Jahrgänge an die Urne gehen, verändert wenig. Trotzdem steht heute die Senkung des **Stimmrechtsalters 16** zur Diskussion. Die 16–18-Jährigen würden nur das aktive, nicht aber ein passives Wahlrecht erhalten. Die Senkung soll einen Ausgleich zur strukturellen Alterung der Wahlberechtigten bieten. Einzig im Kanton Glarus wurde es bisher eingeführt, andernorts hatte es an der Urne keine Chance.

Eine Alternativ wäre das **Stimmrechtsalter 0**, d.h. ein Familienwahlrecht (Stellvertretung der Minderjährigen durch einen Elternteil). Diese Idee wird aber kaum ernsthaft diskutiert.

5. Ausländerstimmrecht

Alle Untersuchungen zeigen, dass das Ausländerstimm- und Wahlrecht **keinen grossen Einfluss** auf die Ergebnisse von Abstimmungen oder Wahlen hätte. Im Raum steht die Frage, ob die Gewährung von politischen Rechten eine raschere Integration bewirkt, oder ob die Integration zu politischer Teilnahme führt.

Argument der **Befürworter**: Es gibt ein wachsendes Repräsentationsdefizit, wenn bis zu 40 Prozent der Einwohner/innen kein Wahlrecht haben (Genf).

Argument der **Gegner**: Bei vielen Ausländer/innen wäre eine Einbürgerung möglich, dann hätten sie die vollen Rechte und Pflichten. Sie könnten das selber steuern.

Lage heute:

- Stimm- und Wahlrecht für Ausländer/innen auf Kantons- und Gemeindeebene: Jura, Neuenburg
- Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene: Genf und Waadt generell, Graubünden und Appenzell AR in einzelnen Gemeinden
- Alle anderen Kantone gewähren kein Ausländerstimm- und wahlrecht, es wurde z.T. an der Urne ausdrücklich angelehnt.

In der Schweiz sind im **Durchschnitt 25%** der Erwachsenen ohne Stimm- und Wahlrecht. In den Kantonen stellen wir grosse Unterschiede fest:

Genf	40%	Nid- und Obwalden	15%
Basel-Stadt	36%	Uri	12%
Waadt	33%	Appenzell Innerrhoden	11%

Erfahrungen mit dem Stimmrecht für Ausländer/innen:

- Die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen liegt tiefer als bei Inländer/innen
- Die Unterschiede in den Entscheidungen sind insgesamt gering, selbst bei Migrationsfragen
- Die Teilnahme ist abhängig von der Anwesenheitsdauer und dem Alter: Je länger jemand hier lebt und je älter die Person ist, umso gleicher sind die Ergebnisse.

Thesen

- Die Stärke der Schweizer Demokratie ist die breite politische Partizipation, nicht aber der politische Wettbewerb.
- Die Inklusion in der Schweiz ist stark bei schweizerischen Kulturen und sozialen Schichten.
- Wahlrecht, politische Kulturen und individuelles Wahlverhalten sind Gründe für aktuelle Repräsentationsdefizite.

- Bei der Inklusion von Frauen wirken Massnahmen der (linken, liberalen und christlichen) Parteien, ohne dass verpönte Quoten eingeführt werden mussten.
- Bei der Inklusion von Jungen ist die Lage offener. Vor allem die Alterung der Gesellschaft ruft nach einer starken Kompensation beim Wahlrecht junger Menschen.
- Bei der Inklusion von Ausländer/innen herrscht die grösste Skepsis, gesetzt wird auf politische Partizipation unterhalb des Stimm- und Wahlrechts.
- **Position des Referenten:** Die Schweiz braucht eine Stärkung der Chancengleichheit aller, über die bisherigen Ansätze hinaus.

2. Veranstaltung

Who cares? Rollenbilder und ihre Spiegelung in Familie, Beruf und Politik

Nur langsam beginnen sich die Rollenbilder von Mann und Frau in unserer Gesellschaft aufzuweichen. Zwar haben die Wahlen 2019 den Frauen Fortschritte gebracht. Aber noch immer liegt die Entscheidungsmacht über Produktion und Finanzen vorwiegend in Männerhand, während Frauen die oft schlecht oder gar nicht bezahlte Care-Arbeit erledigen. Was heisst das für unsere Gesellschaft? Können wir diese Strukturen verändern und wollen wir das? In zwei Referaten werden hier Grundlagen und Erklärungsansätze zusammengestellt und in einem anschliessenden Gespräch mit Engagierten aus ganz verschiedenen Lebensbereichen deren Erfahrungen und Ansichten diskutiert.

Gleichstellung in Familie, Beruf und Politik

Referat von Barbara Ruf, Leiterin der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern des Kantons Bern

Frauenanteile in politischen Gremien

Nach den eidgenössischen Wahlen ist die Gleichstellung im Parlament einen Schritt vorwärts gekommen:

- Neu beträgt der Frauenanteil im Nationalrat 42% und im Ständerat 26%.
- In den kantonalen Parlamenten liegt er im Durchschnitt bei 30%, in den Kantonsregierungen bei 24%.
- Allgemein gilt: Je weiter östlich wir in der Schweiz gehen, desto kleiner wird der Frauenanteil (Ausnahme: Regierungsrat des Kantons Thurgau).

International steht die Schweiz in der Gleichstellung erst auf dem 18. Rang. Spitzenreiter sind (wieder einmal) die skandinavischen Staaten mit Island im ersten Rang.

Verschiebungen im Bildungsbereich

Am wenigsten Differenzen zwischen den Geschlechtern finden wir heute im Bildungsbereich, in den letzten Jahrzehnten **haben Frauen aufgeholt**. An Gymnasien sind sie in der Mehrzahl, und an den Hochschulen studieren mehr Frauen als Männer. Trotzdem hat sich in der Schweiz an der **geschlechtsspezifischen Ausbildungs- und Fächerwahl** wenig verändert: Junge Frauen wählen ihren Beruf aus einem deutlich engeren Spektrum aus als junge Männer und mit geringeren Lohnaussichten. Die fachlichen Interessen zwischen Knaben und Mädchen unterscheiden sich immer noch deutlich. Eine Besonderheit zeigt sich in Ländern mit hoher Gleichstellung: Mädchen wählen wieder mehr frauenspezifische Fächer und Berufe, das Interesse an den MINT-Fächern nimmt dort ab.

Verteilung der Bildungsabschlüsse in der ständigen Wohnbevölkerung 2018 in Prozent

Alter		nur obligat. Schule	Sek'stufe II Berufsbildung	Höhere Berufsbildung	Hochschule
25–34	Frauen	6,5	40	11	42,5
	Männer	8	43	14	35
55–64	Frauen	19	56	9	16
	Männer	13	45	20	22

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein Schlüsselthema der Gleichstellung

In den letzten zehn Jahren ist die Erwerbsquote der Frauen in der Schweiz langsam angestiegen, von 58% auf 64%.

Sie ist im internationalen Vergleich hoch, aber nur 14% der erwerbstätigen Frauen arbeiten 100%, bei den Männern sind es 83%. Der Anteil der Frauen und Männer, die das traditionelle Rollenmodell befürworten, ist u.a. vom Bildungsstand abhängig: Paare mit Berufslehre sind konservativer eingestellt als Paare mit tertiärer Bildung.

Die Erwerbs- und Familienmodelle sind vielfältiger geworden. Bezahlte Berufsarbeit und unbezahlte Familienarbeit sind zwischen den Geschlechtern aber ungleich verteilt. Eine **familienfreundliche Arbeitswelt** für Mütter und Väter und zahlbare **Kinderbetreuungsangebote** sind wichtige Voraussetzungen für eine Balance zwischen beruflicher Tätigkeit und einem partnerschaftlichen Familienleben.

Differenzen im Berufsalltag

1. Lohndifferenzen: 2016 verdienten Frauen in der Schweiz 14,6 % weniger als Männer. Rund 60 Prozent des Unterschieds lassen sich objektiv erklären, z.B. durch Unterschiede bei der Ausbildung, der Berufserfahrung oder der beruflichen Stellung. Die restlichen 40 Prozent sind nicht erklärbar und gelten als diskriminierend. Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern zeigt sich nicht nur am Ende des Monats, sie wirkt sich auch langfristig auf die Renten und die soziale Sicherheit im Alter aus.

2. Frauenanteil in Führungsgremien: Diesem Thema begegnen wir oft in den Medien. Die Quote von Frauen in Leitungspositionen scheint ein Indikator für den Stand der Gendergerechtigkeit zu sein. In den 219'000 in der Schweiz tätigen Aktiengesellschaften finden sich 9% Präsidentinnen, 18,6% Vizepräsidentinnen und 20% weibliche Verwaltungsratsmitglieder. In den Verwaltungsräten der 180 grössten Unternehmen in der Schweiz beträgt der Frauenanteil ebenfalls 20%.

Massnahmen für eine höhere Frauenquote

1. Betriebliche Massnahmen
 - Die Arbeitspensen von Frauen und Männern müssen flexibler werden und sich annähern.
 - Die Beförderungskultur muss objektiver werden (wenn bspw. Bewerber*innen für ein Sinfonieorchester hinter einem Vorhang vorspielen, werden mehr Frauen angestellt).
2. Politische Massnahmen
 - Bei der Revision des Aktienrechts muss ein Geschlechterrichtwert von 20% Frauen in Geschäftsleitungen und 30% in Verwaltungsräten für börsennotierte Unternehmen fixiert werden.
 - Im Bundesgesetz über die Gleichstellung der Geschlechter soll eine obligatorische Lohnvergleichsanalyse für Unternehmen mit mind. 100 Mitarbeitenden verlangt werden, die alle vier Jahre extern überprüft wird.

Geschlechtsstereotype und ihre Auswirkungen im beruflichen Kontext

Referat von Dr. Christa Nater, Uni Bern, Inst. für Psychologie, Abt. Sozialpsychologie und Soziale Neurowissenschaft

Erklärungsansätze für die Unterrepräsentation von Frauen

Ansatz 1: Diskriminierung, die sich aus Geschlechtsstereotypen ergibt

Definitionen: «Diskriminierung» ist die unangemessene Behandlung von Individuen aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer sozialen Gruppe. «Stereotype» sind geteilte Überzeugungen, dass bestimmte Eigenschaften und Attribute charakteristisch für eine Gruppe und ihre Mitglieder sind.

Annahmen: Männer sind durchsetzungsfähig und entscheidungsfreudig, Frauen fürsorglich und einfühlsam. Weil gleichzeitig gilt, dass Führungskräfte bestimmend und konkurrenzfähig sein müssen, passen Frauen wenig in diese Vorgaben. Diese gesellschaftlich wahrgenommene fehlende Passung hat Auswirkungen:

- auf die Selbstwahrnehmung der Frauen (z.B. geringeres Interesse an einer Führungsposition)
- auf die Wahrnehmung durch andere (z.B. verzerrte Wahrnehmung von weiblichen Führungskräften)

In Experimenten kann gezeigt werden, dass in der Bewertung von Führungskräften oder Bewerbenden, die sich nur im Geschlecht unterscheiden, insbesondere die Männer Frauen schlechter beurteilen.

Fazit: Geschlechtsstereotype führen zu Diskriminierungen und bilden Hindernisse für Frauen

Ansatz 2: Geschlechtsspezifische Unterschiede bei persönlichen Zielen und individuellen Entscheidungen

Frauen erachten berufliche Aufstiegsmöglichkeiten als weniger wünschenswert, streben weniger aktiv nach Führungspositionen. Die Referentin wünscht sich Frauen, die durchsetzungsfähig sind, interne Barrieren durchbrechen, Führungsverantwortung aktiv suchen (Vorlage z.B. Buch von Sheryl Sandberg «lean-in»).

Fazit: Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind verantwortlich für die Unterrepräsentation. Die Faktoren aus beiden Ansätzen verstärken sich gegenseitig und tragen zusammen zur Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen bei.

Ist die Einführung von Frauenquoten die Lösung?

Ja, sie sind ein effektives Mittel zur Erhöhung des Frauenanteils in anvisierten Gremien innert einem vorgegebenen Zeitraum. Es zeigt sich, dass in den Ländern der EU, die eine Quote einführen, der Anteil von Frauen in Verwaltungsräten (von grossen börsennotierten Firmen) von 2010 bis 2019 von rund 10% auf 35% gestiegen ist.

In der Schweiz nahm zur gleichen Zeit der Anteil von 12% auf 15% zu.

Welche Auswirkungen hat die höhere Diversität in Verwaltungsräten?

- Sie haben vernachlässigbare Auswirkungen auf finanzielle Geschäftsergebnisse der Unternehmen
- Sie haben positive Auswirkungen auf soziale und ethische Aspekte des Organisationsverhaltens (bspw. weniger Unternehmensbetrug und Steuerumgehungen, mehr Transparenz).

Positive Effekte auf die Ambitionen von Mädchen

- Quoten führen zur Erhöhung der beruflichen Ambitionen und angestrebten Ausbildung von Mädchen und deren Eltern.

Bringen Quoten unqualifizierte Frauen in Verwaltungsräte?

- Nein, nach Einführung der Quote in Norwegen hatten die gewählten Frauen im Schnitt bessere Ausbildungen und mehr Berufserfahrungen als Männer und als Frauen, die vor der Quotenregelung gewählt wurden.

Negative Konsequenzen für «Quoten-Frauen»

- Wenn die Quote der Grund für die Auswahl war, zeigt sich, dass die betreffenden Frauen weniger Interesse hatten, in Führungsposition zu bleiben.
- In der Bewertung von «Quoten-Frauen» zeigt sich, dass sie das Stigma der Inkompetenz tragen, ihre Kompetenz und Effektivität werden schlechter wahrgenommen.

Podiumsdiskussion

Evi Allemann – Regierungsrätin Kanton Bern, Direktion für Inneres und Justiz

Markus Gygli – Präsident von «maenner.ch», Mitglied der Eidg. Kommission für Frauenfragen

Dr. med. h.c. Uwe E. Jocham – Direktionspräsident der Insel-Gruppe, Präsident des Bernischen Arbeitgeberverbandes

Ursula Meichle – Unternehmerin, carrière féminine

Moderation: Barbara Widmer, Stabschefin Chefredaktion von Radio SRF

1. Einstiegsrunde mit individuellen Fragen

Welches war das schwierigste Umfeld, in das Sie als Nationalrätin einsteigen mussten?

Allemann (A) musste das Ressort Sicherheit übernehmen, ohne einen einzigen Dienstag absolviert zu haben. Es war schwierig, sich als junge SP-Frau durchzusetzen. Mit «überraschender Fachkompetenz» ist ihr das gelungen.

Wieso engagieren Sie sich ausgerechnet für Männerpolitik?

Gygli (G) war in eine hundertprozentige Männerkarriere eingespart (inkl. Offizierslaufbahn), als er mit Frauenrechten konfrontiert wurde. Weil er überzeugt ist, dass Lösungen nur mit Einbezug beider Geschlechter gefunden werden können, begann er sich für Männeranliegen zu engagieren.

Welches ist der grösste Unterschied, den Sie zwischen der privatwirtschaftlichen CS Behring und der Inselgruppe erleben?

Jocham (J) sieht in der Geschlechterfrage wenig Differenzen, da bei CSB der Frauenanteil ebenfalls gross war. In der CSB findet aber in Leitungspositionen durchschnittlich alle vier Jahre ein Wechsel statt, in der Insel werden v.a. KlinikdirektorInnen «lebenslänglich» gewählt.

Welche Frage hörten Sie in der Beratung von Frauen am Häufigsten?

Meichle (M) «Was ist der nächste Karriereschritt», das war die zentrale Frage. Frauen überlegen sich länger als Männer, wie sie weiter gehen wollen, sie müssen gepuscht werden. Die «Gläserne Decke» existiert, sie ist meistens nicht erklärbar. (Siehe auch Sonntagzeitung vom 26.1.2020, S.37, Interview mit Jill Ader)

2. Welche Berufsideen hatten Sie als Kinder?

A wollte erst Journalistin werden, dann Pfarrerin, Ärztin, Sprachen studieren und wurde schliesslich Juristin. Mit dem Eintritt in den NR schloss sie ihr Studium ab. Karriereplanung war kein Thema für sie.

M wusste lange nicht, was sie werden wollte. Sie glaubt nicht, dass viele Leute eine klare Planung machen. Erst später als Erwachsene wurde sie ehrgeizig.

J hat mit 15 Jahren das Buch «Ein Mann will nach oben» (H. Fallada) gelesen und wusste sofort, dass das sein Weg war. Für ihn galt: Ein Mann hat einen Plan, und den setzt er durch.

G rechnete immer gerne. Da er Zahlen geliebt hat, war eine Bankkarriere logisch. Bald vermisste er dort die Nähe zum Menschen und wechselte zur SBB in die Kurstätigkeit.

3. Wie kombinieren Sie Familie und Beruf?

M ist der festen Überzeugung, dass Familienplanung nur mit dem Partner zusammen funktioniert. Dass sie beide rasch selbständig wurden, erleichterte die Aufgabenteilung. Auch mit einem kleinen Kind hat sie beruflich weiter gearbeitet. Sie war allerdings die einzige berufstätige Frau im Quartier und wurde entsprechend als Aussenseiterin behandelt. Noch heute macht sie mit ihrem Partner jeden Sonntag eine Wochenplanung.

J hat bereits im 3. Semester seines Studiums geheiratet. Seine Frau finanzierte ihn während zehn Jahren, auch als er noch doktorierte. Kinder planten sie erst nach seiner Ausbildung.

A stellt fest, dass die gemeinsame Familienplanung bei ihr gescheitert ist. Mit ihrem ersten Partner (dem Vater ihrer Kinder) klappte es nur zu Beginn, dann trennten sie sich. Mit dem jetzigen Partner hat sie eine klare Arbeitsteilung vereinbart. Er übernimmt einen Tag Kinderbetreuung, 40% die Grosseltern und 40% die Kita, in Notfällen können sie sich privat organisieren. Spontaneität ist als RR nicht möglich, auch die Freizeit muss sie weit zum Voraus planen.

G's Frau studierte noch, als ihr Kind zur Welt kam. Sie übernahm 40% der Betreuung, 40% die Kita, er einen Tag - das Ungleichgewicht hat er finanziell abgegolten. Der «Papiitag» sei ein Geschenk und prägend für ihn. Sein Denken und Führen habe sich durch seine Tochter verändert.

Nachträge zu den Arbeitsbedingungen

A stellt an sich den Anspruch, dass sie im Beruf besser sein sollte als die Männer. Ihr Ziel als Chefin ist es, ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen. Wichtig ist ihr, dass für alle Teilzeitarbeit möglich ist, auch für Kader, damit diese dank der «Vertrauensarbeitszeit» ihre Familienzeit fest einplanen können.

J fällt auf, dass neue Arbeitszeitmodelle überall diskutiert werden. Er findet, Vertrauens- oder Jahresarbeitszeit seien eine Sache der Disziplin. Das Home-Office bringe die Gefahr mit sich, dass die Leute zu viel am Computer sind. Er hasse es, wenn er übers Wochenende wichtige Mails erhalte. Darauf reagiere er nicht.

4. Sind Sie für Frauen-Quoten?

J ist dagegen. In der Inselgruppe haben sie bereits einen hohen Frauenanteil: 50% im mittleren und 25% im höheren Kader.

M war immer gegen Quoten. Jetzt werde sie allerdings unsicher, weil der Frauenanteil in Führungspositionen zu langsam steigt. Ihre Ablehnung nimmt ab. Es sei nötig, dass die Frauen besser «netzwerken».

A sagt, dass Quoten für sie keine Herzensangelegenheit sind. Sie wäre froh, wenn sie nicht nötig wären, hat aber die Geduld verloren, dass der Frauenanteil von selber besser werde. Heute ist sie dafür. Im Prinzip sollten aber alle Teile der Bevölkerung in Leitungsgremien vertreten sein.

G findet Quoten gut. Er sieht aber in dieser Diskussion ein Scheingefecht. In den allen Gleichstellungsbestrebungen gebe es zu wenig Veränderung.

3. Veranstaltung

Ausländerinnen und Ausländer: Arbeiten und Steuern zahlen Ja, Abstimmen und Wählen Nein

Was bedeutet das Phänomen Ausländerinnen und Ausländer als stille Masse für die Schweizer Gesellschaft? In der folgenden Zusammenfassung werden Gründe und Auswirkungen beleuchtet. Zuerst lesen Sie zwei kurze Texte zur Einführung in die Problematik aus wissenschaftlicher Sicht. Im anschliessenden Gespräch diskutieren einige Betroffene über ihre Erfahrungen und ihr Engagement mit dieser Thematik.

Ausländerinnen- und Ausländerstimm- und Wahlrecht: aktuelle Situation in der Schweiz

Referat von PD Dr. Corsin Bisaz, Privatdozent für Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht an der Universität Zürich

Das Schweizer Bürgerrecht

Das Stimmvolk ist ein Staatsorgan in unserer Demokratie, gewissermassen das «Staatsvolk». Aber Achtung: Wir zählen rund **2500 Stimmvölker** in der Schweiz, da jede Gemeinde souverän ist und selber festlegen kann, wer dazu gehört. Wie ein «Demos» (die kleinste Verwaltungseinheit) zusammengesetzt sein muss, ist nicht festgelegt. Es stellt sich das Problem der Abgrenzung, das ja in der Schweiz immer wieder und heftig diskutiert wird.

Das Schweizer Bürgerrecht kann nicht ohne gleichzeitigen Erwerb des Bürgerrechts einer Gemeinde und des Bürgerrechts des Kantons erworben werden. In der Schweiz wird die ordentliche Einbürgerung grundsätzlich nicht vom Bund, sondern durch Verleihung des **Gemeindebürgerrechts** durchgeführt. Die Anforderungen, welche die Kantone und Gemeinden stellen, sind höchst unterschiedlich. Je nach Gemeinde nimmt

eine spezielle Einbürgerungs-kommission, die Gemeinde-Exekutive oder -Legislative den Einbürgerungsakt vor. Der Bewerber kann einer mündlichen Befragung unterzogen werden, bei der die sprachlichen Fähigkeiten und Integration in die Wohn-gemeinde geprüft werden. Andere Gemeinden schicken Einbürgerungswillige zu schriftlichen Tests über Sprach- und Orts-, Geschichts- und Staatskundekenntnisse. Eine Ablehnung einer Einbürgerung muss begründet werden. Die anonyme Stimm-abgabe in der Gemeindelegislative in Einbürgerungsfragen ist verfassungswidrig.

Das Ausländerstimmrecht

Dieses wird sehr unterschiedlich gehandhabt. In acht Kantonen sind Möglichkeiten dazu geschaffen worden:

JU und NE kennen das kantonale Ausländerstimmrecht, schliessen aber das passive Wahlrecht aus. Beide Kantone und auch FR, GE, VD kennen das allgemeine Gemeindestimmrecht für Ausländer (die Romandie geht lockerer mit diesem Thema um). BS, AR und GR lassen es in den Gemeinden zu, in GR machen bereits 27 Gemeinden mit.

Grundlage für das Ausländerstimmrecht ist in allen Fällen die Niederlassungs-bewilligung (Ausweis C). Die zusätzlichen Vorschriften für die Mindestwohnsitzdauer sind extrem verschieden. So beträgt sie z.B. in GE 8 Jahre, in FR 5 J und in NE 1 Jahr! Noch komplizierter wird es, wenn die Gemeinden zusätzlich Bedingungen aufstellen: in AR werden beispielsweise 5 J im Kanton plus 10 J in der Gemeinde verlangt.

Offene Formen der Mitsprache ausserhalb des Stimmrechts gibt es ebenfalls. So hat die Stadt Bern die «Partizipations-Motion» eingeführt, andernorts gibt es eine «Volksmotion». Wie dieses unglaublich komplizierte System vereinfacht werden könnte - diese grosse Frage bleibt unbeantwortet.

Staatsrechtliche Grundsatzfragen

Referat von Prof. Dr. iur. Peter Uebersax, Professor für öffentliches Recht und öffentliches Prozessrecht an der Universität Basel

Rechtliche Grundlagen

Ein allgemeines Schweizer Bürgerrecht wurde nach französischem Vorbild erstmals in der helvetischen Verfassung von 1798 festgeschrieben. Der Bundesvertrag von 1815 sah es aber bereits nicht mehr vor. Die Bundesverfassung von 1848 erklärte alle Kantonsbürger zu Schweizer Bürgern, die Festlegung der Bedingungen für Erwerb und

Verlust des Bürgerrechts blieb **Sache der Kantone**. Rechtlich gleichgestellt waren allerdings vorerst nur die Männer christlicher Konfession, die (männlichen) Juden folgten 1867. Mit der neuen Bundesverfassung von 1874 erhielt der Bund die Aufsicht über die Einbürgerungen, 1888 bekam er zudem die Kompetenz, das Bürgerrecht aus familienrechtlichen Gründen zu regeln.

Einige Gruppen waren immer von Rechten (und Pflichten) als Bürger/innen ausgeschlossen: Die Frauen (bis 1971), Strafgefangene, Bevormundete, Minderjährige und die hier wohnhaften und niedergelassenen Ausländer/innen.

Ein Viertel der Einwohner sind nicht Schweizerbürger

Zurzeit leben in der Schweiz **über 2 Millionen «Ausländer/innen»**, das sind 25% der Bevölkerung. In BS beträgt die Quote 35% und in Kreuzlingen über 50%! Dort darf also nur eine Minderheit an die Urne. Wer nicht stimmen und wählen darf, ist stets «mitgemeint». Ein SR vertritt also alle Einwohner seines Kantons.

Der extrem hohe Anteil an Ausländer/innen in der Schweiz ist die Folge unserer Einbürgerungspraxis. Der Anteil wird noch steigen, weil seit Jahren die Bedingungen immer wieder verschärft werden. Der Referent findet diese Tendenz wenig sinnvoll. Allerdings muss er einräumen, dass dort, wo das Ausländerstimmrecht gilt, die Stimmbeteiligung gesunken ist. Wichtig wäre es, die Jungen zu besserer Beteiligung zu motivieren, doch das hängt stark von deren Sozialisation ab.

«Wer mitbestimmen will, soll sich doch einbürgern lassen» wird oft gesagt. Wie hoch diese Hürde aber ist, wurde im vorangehenden Artikel geschildert. Nicht alle Staaten akzeptieren zudem ein **Doppelbürgerrecht** (in der Schweiz seit 1922 möglich), besonders EU-Bürger/innen wollen ihres nicht verlieren. In der EU haben sie überall ein Stimm- und Wahlrecht, auch in kommunalen Angelegenheiten. Immerhin erhalten sie in der Schweiz bereits nach 5 J die Niederlassungsbewilligung (normal 10 J). Eigentlich gehört das Thema «Bürgerrecht» unter dem Stichwort der «Unionsbürgerschaft» in die gegenwärtige Diskussion über das Rahmenabkommen.

Gedankenspiele: Passen ein Bauer in Sri Lanka und ein Tamile, der in der Schweiz aufgewachsen ist und fließend Berndeutsch spricht, beide unter den gleichen Begriff des «Ausländers»? Sollte man nicht vielmehr den Zweiten als «Einwohner der Schweiz mit einem ausländischen Bürgerrecht» einstufen?

Vielleicht geht es mit dem Ausländer-Stimmrecht wie mit dem Frauenstimmrecht: Nicht nachlassen gewinnt? Vielleicht steigt der Druck, sinken die Hürden, wenn sich keine Behördenmitglieder für kommunale Aufgaben mehr finden lassen.

Erfahrungen der Podiumsteilnehmer/in

Moderation Andrina Frey, Co-Programmleiterin Migration bei foraus,

Pflichten und Rechte

Khadija Jaama (KJ), *Präsidentin Somaliland Swiss Verein*

Sie lebt seit 2001 in der Schweiz, in Bern-West, in einem Quartier mit einem hohen Ausländeranteil. Ihr Engagement für die Integration ist gross. An ihrem Arbeitsplatz in der Insel hörte sie, dass alle Computer durch neue ersetzt würden. Sie musste – so wurde es von den Behörden verlangt – einen Verein gründen, um die Geräte als Spende zu erhalten und zu verschicken. Die 800 Computer sind nun in Somaliland installiert.

Sie erlebt immer wieder, dass Ausländer/innen schlecht über ihre Rechte und Pflichten informiert sind. Hilfreich sind gemischte Interessengemeinschaften mit Schweizer/innen, wie sie es im Kleefeld erlebt.

Der grosse Widerspruch im Umgang mit Ausländer/innen

Tarek Naguib (TN), *Leitungsmittglied Institut Neue Schweiz INES - Das Institut ist ein Think Tank mit Migrationsvordergrund*

«Wir leben in einem fundamentalen Widerspruch», so TN, weil wir einerseits zu viel über Migration reden (Beispiel Kriminalstatistik) und andererseits zu wenig mit den Organisationen, die sich mit Migration beschäftigen.

Ihm schwebt eine «Neue Schweiz» vor mit Einbezug des ganzen «Volkes», d.h. der ganzen Wohnbevölkerung. Ausländer/innen hätten eine schlechte Lobby, es brauche grosse Ressourcen, viel Zeit, Geld und Kreativität, um ihre Anliegen zu vertreten. Er denkt, dass z.B. ein Migranten-Streik grosse Probleme vor allem in Niedriglohnberufen verursachen würde, dass ein solcher beweisen würde, wie sehr wir auf die Ausländer/innen angewiesen sind.

Priester und Koch

Sasikumar Tharmalingam (ST), *Hindu-Priester und Koch im Haus der Religionen Bern*

Er ist ein «alter Schweizer», lebt seit 1989 in unserem Land. Als Halbwüchsiger wurde er von seiner Familie in ein sicheres Land weggeschickt. Er landete am Ende in Sumiswald. Das war eine harte Zeit für ihn.

Seit 2004 ist ST eingebürgert. Seine Religion ist ihm wichtig. Er wurde der erste Hindupriester der Schweiz und konnte im Haus der Religionen einen Tempel einrichten. Als Priester erhält er aber keinen Lohn. Sein Einkommen verdient er als Koch im Haus der Religionen, in dem er das Restaurant führt.

Für die Beratung der Tamilen in der Schweiz haben sie einen Verein gegründet, der von stark schwankenden Spenden lebt. ST leistet sehr viel Gratisarbeit. Er findet, dass er im Haus der Religionen wie in einem Versuchs-Labor lebe, er steht dort im Schaufenster und erhält Unterstützung. Die Kontakte über die Religionsgrenzen hinweg sind ihm sehr wichtig, Tage der offenen Türe und kulinarische Angebote sind Mittel dazu.

Erfahrungen der Podiumsteilnehmer/in zum Thema Einbürgerung

KJ kümmerte sich selber um ihre Einbürgerung, da ihr schweizerischer Ehemann nur schlecht im Bilde war. Sie insistierte und fand heraus, dass sie bereits nach 5 J (plus 3 J Ehe) das Bürgerrecht erhalten könne. Aufgrund ihrer Erlebnisse findet sie, dass Einbürgerungswillige bessere Schweizer sein, mehr wissen müssen als die normalen Bürger/innen. KJ wünscht sich einen besseren Staatskundeunterricht, damit die 18-Jährigen mehr über die Einbürgerungsbedingungen wissen.

ST Wenn er Landsleute zum Thema Einbürgerung berät, erlebt er, dass sie keine Ahnung von den Bedingungen haben. Er muss ihnen erklären, dass ein zeitaufwändiges, gründliches Studium der Institutionen und der Schweizer-Geschichte nötig ist.

TN zweifelt, ob der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts die Integration von Ausländer/innen verbessert. Er meint, es sei kein Integrationsfaktor. Finanziell lohne es sich allerdings, weil Schweizer/innen einen höheren Lohn erhielten. TN warnt davor, die politischen Rechte an die Bedingung zu knüpfen, dass man sich wirklich beteiligt, sonst müsste man viele Schweizer/innen auch davon ausschliessen!

4. Veranstaltung

Wer entscheidet über die Zukunft?

Lange Zeit bestimmten «alte weisse Männer» die Geschicke der Schweiz. Die Wahlen 2019 brachten einige Änderungen: Deutlich mehr Frauen und Grüne schafften die Wahl ins eidgenössische Parlament, und das Durchschnittsalter der Ratsmitglieder liegt erstmals unter 50 Jahren. Auch ausserhalb des Parlaments redet die Jugend vermehrt bei wichtigen Fragen mit: Die «fridays for future» haben den Klimawandel ins Zentrum internationaler Politik gebracht. Wie erfolgreich sind die Jungen mit ihren Forderungen, welche Chancen haben sie? Werden ihre Anliegen in Politik und Wirtschaft wahrgenommen? Diesen und weiteren Fragen wollen wir mit jungen, politisch Engagierten diskutieren.

Einführungsreferat

von Andreas Tschöpe, Geschäftsführer der SAJV (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände)

Die SAJV ist ein Dachverband von zurzeit 55 Mitgliedern jeder Art. Zum Teil sind es ideelle Unterstützer, zum Teil echte Jugendorganisationen wie der Pfadfinderbund. Die SAJV initiiert und unterstützt auch politische Aktivitäten wie die Eidgenössische Jugendsession.

Auszug aus dem Leitbild: «Die SAJV ist als Dachverband der Jugendverbände und als Sprachrohr der Jugend auf Bundesebene anerkannt. Sie pflegt enge Kontakte zum Bundesamt für Sozialversicherung (BSV), das für die Jugendpolitik auf Bundesebene zuständig ist (...). Sie hat Einsitz in die wichtigsten politischen Fachgremien und ist mit ParlamentarierInnen aller Fraktionen vernetzt. Ebenso hat die SAJV Einsitz in NGO-Netzwerke und ist mit ihnen verflochten.»

Auf welcher Ebene können sich Jugendliche beteiligen?

Es gibt keine Daten über die Aktivitäten der Altersgruppen. Man kann nur schätzen, dass etwa die Hälfte der Jugendlichen in irgendeiner Organisation mitmacht. In der Politik spielen sie kaum eine Rolle. Eine Senkung des Stimmrechtsalters von 18 Jahren wird sporadisch zur Diskussion gestellt, nur im Kanton Glarus hatte eine Initiative der JUSO zur Senkung auf 16 Jahre Erfolg.

Im Nationalrat sitzen seit Herbst 2019 sieben unter-30-Jährige, im Ständerat sind alle Mitglieder über 30. Jungparteien wurden zu allen grossen Parteien gegründet, teils sind es Tochterparteien, teils selbständige Organisationen (JUSO oder die JA «Junge Alternative» in der Stadt Bern).

Die Beteiligungsformen sind vielfältig

Institutionelle Partizipation (diese Gremien haben jeweils ein Antragsrecht an die politischen Behörden)

- Die Eidgenössische Jugendsession mit 200 Teilnehmer/innen im Bundeshaus wird seit 1991 jedes Jahr durchgeführt.
- Die Kinderkonferenz im Pestalozzidorf Trogen ist offen für 11 – 15 Jährige
- Jugendparlamente gibt es in verschiedenen Kantonen, z.T. sind sie gesetzlich verankert
- In Gemeinden finden wir Jugendkommissionen mit garantierten Sitzen für Jugendliche
- Eine Spezialität ist die «Jugendmotion», die in der Stadt Bern etabliert worden ist
- Studentische Organisationen und Schülerräte widmen sich logischerweise meist Bildungsfragen

Freiwilliges Engagement

Hier finden sich alle denkbaren individuellen Formen und Organisationen: Pfadfinder und Blauring, Intermundo Sprachaufenthalte, Jugendrotkreuz und WWF, Gruppen aus sozialen Bewegungen, Selbsthilfegruppen z.B. für Homosexuelle, für Suizidprävention usw.

Welchen Einfluss haben die Jungen auf die Gestaltung der politischen Zukunft?

Alle diese Gremien haben wenig Wirkung auf die Politik. Die jährliche Jugendsession zum Beispiel hat wenig Einfluss. Ihre Anträge an das Parlament werden oft auf die lange Bank geschoben. Seltene Erfolge sind die Abschaffung der Gewissensprüfung für Zivildienstwillige (nach 20 Jahren!) oder die Initiierung der Verschärfung der anti-rassistischen Strafnorm.

Die Jungen organisieren sich meistens über die Sozialen Medien, während Parlamentarier/innen ein weites Netzwerk mitbringen. In Einzelfällen wie dem Präsidium der SPS oder der Ehefrau von Toni Brunner schaffen es (ehemalige) Jungpolitiker/innen in einflussreiche Ämter.

Grosse Ausnahmen sowohl in Entstehung, Zusammensetzung und vor allem in ihrer politischen Wirkung sind die Aktion LIBERO und die «Klimajugend». In kurzer Zeit haben sie sich als politische Kraft etabliert.

Podiumsdiskussion

Michelle Reichelt (26) Sie stellt ihr Engagement im Moment in den Dienst des Klimastreiks. Die klassische Politikkarriere kann sie sich aber gar nicht vorstellen.

Ronja Jansen (25) Präsidentin der JUSO-Schweiz. Sie betont, dass die Jungen nicht bereit sind, alles so zu akzeptieren, wie es ist.

Tom Berger (33) Berner Stadtrat für die FDP und seit Jahren für das Berner Nachtleben engagiert. Er erlebt, dass die Jungen heute in der Politik nicht mehr belächelt werden.

Andreas Tschöpe (44) Präsident des Schweizerischen Dachverbands für Jugendorganisationen SAJV. Er setzt sich ganz grundsätzlich für bessere Rahmenbedingungen von Kindern und Jugendlichen ein.

Moderation: Elias Rügsegger (26), zuständig für Entwicklung + Projekte bei «und-das-Generationentandem».

Das folgende Protokoll ist eine Zusammenfassung des Podcasts, der unter <https://soundcloud.com/generadio/wer-bestimmt-die-zukunft> zum Nachhören angeboten wird.

1. Wieso engagiert ihr euch politisch?

Michelle Reichelt MR Weil ich in der Welt für die Kinder etwas verändern wollte, liess ich mich zur Lehrerin ausbilden. Ich erlebte aber, dass ich als Lehrperson zu wenig Zeit hatte, um den Kindern richtig zuzuhören. Als dann der Klimastreik losging, spürte ich rasch Mut und Lust, hier mitzumachen.

Tom Berger TB Schon früh habe ich gemerkt, dass man nicht nicht politisieren kann. Bereits in der Schule brachte ich meine Meinung ein, brauchte ich die Lehrpersonen als Sparringpartner. Ich will mitbestimmen und nicht nur über die Verhältnisse klagen.

Ronja Jansen RJ Die 1:12 Initiative und die Mindestlohninitiative haben mich politisiert. Aus Enttäuschung, weil sie an der Urne abgelehnt wurden, trat ich in die JUSO ein, um direkt mitzureden.

Andreas Tschöpe AT Ein Kollege nahm mich an die Session des Jugendparlamentes mit. Die Unterlagen zu den Sitzungen und vor allem die vielen engagierten Jugendlichen weckten in mir den Wunsch, hier mit zu machen.

2. Ist die Initialzündung für Jugendliche etwas Emotionales wie ein Schock, Wut, der Gerechtigkeitssinn, oder braucht es als Fundament politische Bildung, um ins politische Leben einzusteigen?

TB Ein Grundverständnis ist die Voraussetzung. Kinder müssen lernen, dass auch ihr Verhalten die Politik steuert, dass Politik mehr als abstimmen und wählen und nicht nur Parteipolitik bedeutet.

MR Es braucht sowohl Emotionen wie politisches Verständnis. Die Klimakrise zum Beispiel berührt die Meisten emotional, andere wollen hingegen Fakten. Wir müssen ein breites Spektrum abdecken.

RJ Die Hoffnung, etwas verändern zu können, ist zentral. Empörung braucht auch Wissen. Junge sind wenig an offizieller Politik interessiert, weil sie dort keinen Gestaltungsspielraum sehen, weil das herrschende Politikverständnis sehr technokratisch geprägt ist. Vieles läuft hinter den Kulissen. Alle Parteien sind «für Freiheit». Für welche Freiheit, das sagen sie nicht.

3. Haben die Jungen genügend Einfluss in der Politik?

TB Ja – ABER: «Die» Jungen gibt es nicht. Wir dürfen nicht segmentieren oder gar die einen Gruppen gegen die andern ausspielen (z.B. Alte gegen Junge). Es stimmt, dass sich Junge wenig am politischen Leben beteiligen, aber im Parlament hat es auch kaum Vertreter/innen über 70. Gewählt wird eben, wer genügend Stimmen sammelt.

MR Ich kann diese Frage nicht mit Ja oder Nein beantworten, weil ich Politik anders definiere. Was sich in der Klimabewegung abspielt, was ich dort erlebe, kann ich mir nicht in einem politischen Rahmen vorstellen.

RJ Nein, sie haben zu wenig Einfluss. Ich gebe TB Recht, es existieren viele gegensätzliche Gruppen unter dem Begriff «Junge». Wenn man sie ernst nehmen will, muss man ihre Vielfalt akzeptieren. Wer von Entscheidungen betroffen ist, soll auch mitreden können. Politik spielt sich nicht nur im Parlament ab, Wichtiges wird von der Wirtschaft entschieden. Der Klimastreik und andere Proteste sind Proteste gegen die herrschenden politischen Verhältnisse.

AT Das Korsett für Junge ist eng. In der Politik geht es um Machtverteilung. An die Jungen wollen die Etablierten keine Macht abgeben. Das führt zu Protesten – aber man darf die Gegensätze nicht «aufkochen», Gruppen gegen-einander ausspielen. Der Generationenvertrage muss hoch gehalten und von Jungen und Älteren eingehalten werden.

Zwischenfrage: Die Diskussionskultur wurde kritisiert – was macht denn die Klimabewegung anders?

MR Wir würden nie eine solche Veranstaltung mit einem Podium und vielen Zuhörenden organisieren. Bei uns sitzen alle Im Kreis und diskutieren mit. Jede Person wird angehört und ernst genommen. Nachgefragt und abgestimmt wird mit speziellen Handzeichen.

4a. Was meint ihr zum Stimmrechtsalter sechzehn ...

TB Ich tue mir schwer, das zu entscheiden. «So macht es halt» ist zurzeit meine Antwort. Jede Grenze ist willkürlich. Übrigens können auch Erwachsene nicht immer klar entscheiden. Vielmehr als das Stimmrechtsalter stört mich, dass die Jungen in Diskussionen nicht ernst genommen werden.

AT Junge haben mit 16 bereits viele Kompetenzen, können bestimmte Verträge abschliessen, über ihre Ausbildung entscheiden und kommen im Strafrecht in eine neue Kategorie. Die Altersgrenze 16 darf nicht nur das Ziel sein, sie muss Start, ein Einstieg ins politische Engagement sein. Spontan bin ich für Stimmrechtsalter 14!

RJ Jede Möglichkeit zur Ausweitung der Demokratie finde ich positiv. Ja, Stimmrechtsalter 16 ist eine willkürliche Grenze, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

4b. ...oder zur Radikallösung Stimmrechtsalter null?

MR An den Veranstaltungen der Klimabewegung sind oft Kinder dabei, die wichtige Fragen stellen. Wer betroffen ist, soll mitreden können. Also Ja zum Stimmrechtsalter null.

RJ Grundsätzlich bin ich dafür. Die Durchführung wird aber schwierig sein, ich kann mir sie nur schwer vorstellen. In Schulen zum Beispiel könnte Mitsprache geübt und gefördert werden.

TB Das ist wirklich kein dringliches Problem, hat höchstens akademischen Mehrwert. Die Eltern müssten in dem Fall für die Kinder entscheiden – was sie auch heute schon tun (z.B. Taufe). Das politische Engagement hängt nicht vom Stimmrechtsalter ab.

5. Jugendparlamente funktionieren oft nicht. Liegt das daran, dass die Jungen zu wenig mitmachen, dass wir unterschiedliche Erwartungen an die Diskussionskultur haben?

AT Jugendparlamente sprechen nur einen kleinen Teil der Jungen an. Viele wollen nicht in Institutionen mitarbeiten. Sie müssen erleben, dass ihr Tun Wirkung hat, dass sie ernst genommen werden. Das ist leider bei Entscheiden aus den Jugendparlamenten nicht der Fall.

RJ Von Beginn weg hatte ich das Bedürfnis, wirklich mit zu bestimmen und nicht in einem Jugendparlament Politik zu spielen. Zudem wollte ich nicht nur die Interessen der Jungen vertreten, sondern für die Anliegen aller, auch der Erwachsenen, eintreten. Jugendparlamente sind unterstützenswert, um Demokratie zu üben. Besser finde ich es aber, das Stimmrechtsalter zu senken und in allen Lebensbereichen Mitsprache zu ermöglichen.

MR Als Lehrerin hatte ich versucht, auf alle Kinder einzugehen und mit ihnen zu diskutieren. Das nahm ab und zu einen halben Tag in Anspruch. Ich konnte aber so den Stoffplan nicht einhalten und die Eltern reklamierten. Dafür hatten wir eine gute Stimmung im Klassenzimmer! Meine eigene Erfahrung im Schüllerrat zeigte mir, dass ich unmöglich die Interessen einer ganzen Klasse vertreten konnte. Jetzt in der Klimabewegung ist es schön, dass es keine offiziellen Vertreter/innen gibt, jede/r spricht für sich. Schwierig ist es in nationalen Meetings. Dort müssen wir ausprobieren, welche demokratischen Formen möglich sind, um zu einem Konsens zu kommen.

TB Demokratie ist extrem vielfältig. Jede und jeder von uns hat einen andere Möglichkeit gewählt, sich einzubringen. Ich selber habe den «bünzligen» Weg durch die Institutionen gemacht. Keiner ist besser oder schlechter als der andere. Junge möchten sofort Ergebnisse sehen, unsere Demokratie ist aber langsam. Und das ist gut so. Seit achteinhalb Jahren arbeite ich mit der Stadt Bern an einem besseren Konzept für das Nachtleben. Der ehemalige Stadtpräsident Tschäppät hatte mir versprochen, das dauere zehn Jahre. Also habe ich noch etwas Zeit.

6. Ist Demokratie die Staatsform der Langsamkeit?

MR Dass Demokratie eine langsame Staatsform ist, habe ich gewusst. Nun beweist aber das Corona-Virus, dass es auch anders geht: Innert kürzester Zeit finden wir überall Informations-Plakate, wir werden Schlag auf Schlag über alle Medien informiert. Massnahmen gegen die Klimakrise wären auch dringend. Es zeigt sich jetzt, dass da noch Potenzial zur Beschleunigung vorhanden ist, dass schneller entschieden werden könnte.

RJ Politik muss nicht langsam sein. Es ist eine Frage des politischen Willens, wie rasch in der Schweiz gehandelt wird. Als es um die Rettung der UBS ging, war das Geld schnell gefunden. Zur Rettung von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer fehlen aber die Mittel. Menschen zu retten scheint weniger wichtig, als Banken zu retten. Ich erlebe

es mega positiv, dass die Jungen nicht mehr akzeptieren, dass sich die Demokratie nur mit kleinen Schrittchen bewegt. Es heisst, das sei Realitätspolitik. Mir scheint aber, dass die Politik den Bezug zur Realität verloren hat.

TB Gottlob gibt es nicht nur Parteien. Es braucht, gerade für Junge, alternative Formen. Tritt man einer Partei bei, legt man sich fest. Ich erlebe, dass meine Partei nur zu etwa 70% so entscheidet, wie ich es cool finde. Ob Parteien etwas falsch gemacht haben, dass die Klimabewegung nötig wurde? Selbstverständlich. Es war schon immer so, dass neue Bewegungen dort entstanden, wo die Politik ein Thema nicht abdeckte.

RJ Ja, die politischen Parteien müssen sich verändern, sie müssen neue Formen der Partizipation finden. Heute richten sie sich zu sehr nach ihren Amtsträgern. Weil es für wichtige Probleme keinen Ansprechpartner gibt, sind die Bewegungen entstanden. Frauenstreik und Klimabewegung sind nicht nur auf die Strasse gegangen, weil Gesetze angepasst werden müssen, sondern auch, weil sie die realen Gegebenheiten in ihrem Leben mitgestalten wollen.

7. Fehlt es am Anspruch der Gesellschaft, das ganze Leben zu gestalten?

MR Mich hat die Einsicht geprägt, dass unser ganzes System, unser Zusammenleben von Menschen gemacht ist. Wir Menschen haben uns entschieden, in Konkurrenz zu leben und nicht in Kooperation. Es ist mir egal, ob jemand im Nationalrat sitzt oder in einer Schulklasse. Wichtig ist mir, auch wenn es naiv tönt, dass wir daran glauben, dass wir ein besseres Zusammenleben, eine bessere Welt schaffen können.

TB Ich habe nichts gegen Träume, gar nichts gegen Leute mit anderer Werthaltung. Sie helfen mir zu reflektieren, was ich selber will. Hier auf dem Podium wurde ein recht düsteres Bild unseres politischen Systems gezeichnet. Damit habe ich Mühe, vor allem mit der Klimajugend. Ich verstehe ihre Forderungen nicht. «Du musst» heisst es. Aber was muss ich? Bis jetzt ist niemand auf mich zu gekommen, um mir zu erklären, was der Stadtrat tun soll. Ich finde auch, dass wir unser Zusammenleben stets hinterfragen müssen. Wir funktionieren aber nach bestimmten Regeln. Wenn man etwas verändern will, muss man einen Schritt in die Realpolitik tun.

AT Es ist für mich verständlich, dass es Leute gibt, die nicht im politischen System mitmachen wollen. Wenn ich lese, welche Diskussionskultur im Stadtrat herrscht, wie die Polarisierung, die Gehässigkeiten zunehmen, habe ich keine Lust, dafür meine Freizeit zu opfern.

8. Schlussfrage: Wenn ihr zu einer politischen Debatte über unser Thema «Wer entscheidet über die Zukunft» einladen könntet – wen würdet ihr einladen, und welche Regeln würden für die Diskussion gelten?

MR Wir laden bereits ein für den «day of future» am 15. Mai. Da sind alle eingeladen, auf die Strasse zu gehen oder zusammen zu sitzen und mit zu diskutieren. Regeln soll

jede Gruppe selber festlegen. Wichtig ist es, dass sich alle beteiligen können und verstanden fühlen.

AT Mein Thema lautet: Wie bringen wir einen Generationenvertrag zustande? Beide Seiten, Junge und Ältere, müssten ihre Vorstellungen und Leistungen einbringen. Es braucht einen nationalen Zusammenhalt. Meine Diskussionsregeln wären ähnlich wie diejenigen der Klimajugend.

TB Nicht ein sachpolitisches Thema steht für mich im Mittelpunkt, sondern eine Diskussion auf der Metaebene – wie es heute Abend der Fall ist. Diskutieren würden wir z.B. über unser politisches System, wo es funktioniert und wo nicht. Auch radikale Systemfragen kann man stellen. Ich will aber teilhaben und mitreden, ich kann nicht still im Publikum sitzen. Je partizipativer eine Diskussion ist, desto besser.

RJ Das ist für mich die schwierigste Frage des ganzen Abends. Ich diskutiere gerne über fast alle Themen. Am Wichtigsten sind für mich die Grundprämissen der Gesellschaft, die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Bolligen, 31.3.2020, Urs Graf, Vorstand NHG Bern